

Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen Echzell

08.01.2016

Grüne begrüßen Initiative zu Rentners Ruh

Einige Bürger und Vereinsvertreter haben sich kürzlich im Wald getroffen, um über Lösungen zum maroden Unterstand zu beraten (Artikel von Tom Wettig in der WZ vom 7.1.). Dabei wurden Eigenmaßnahmen und Spendengelder definiert. Diese Maßnahme wird von den Grünen ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Ein ähnliches Vorgehen haben die Grünen in anderen Zusammenhängen auch empfohlen und bereits praktiziert. Beispielsweise wurde das Mahnmal für die 1933-45 ermordeten Echzeller Mitbürger von vorne herein ohne Mittel aus der Gemeindekasse geplant und durchgeführt.

Wir von den Grünen bedauern allerdings, dass die Entscheidungsfindung diesbezüglich im Parlament öffentlich falsch dargestellt wird. Aus Sicht der Grünen waren grundlegende rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Grillhütte nicht ausreichend geklärt. Die Vorlage des Bürgermeisters war an dieser Stelle nicht entscheidungsreif. Außerdem hätte die Umsetzung der Vorlage zur Folge gehabt, dass die Gemeinde für die Grillhütte nach den derzeitigen Gegebenheiten einen nicht unerheblichen Mietbetrag für die Nutzung hätte einfordern müssen. Hinzu kommen Unklarheiten im Zusammenhang mit Vorgaben bezüglich der Bereitstellung von Chemieklos und die Einhaltung von Hygienevorschriften bei Veranstaltungen (Bereitstellung von fließendem Wasser).

Zu diesen möglicherweise sehr grundlegenden rechtlichen Änderungen, die entstehen, wenn die Gemeinde jetzt als Betreiber dieser Grillhütte auftritt, kommen die Kosten als Problem lediglich hinzu. In Verbindung mit diesen grundlegend ungeklärten Fragen erschien uns das Risiko, dass eine Grillhütte im Wald aus Kostengründen unattraktiv wird (siehe die nicht genutzte Grillhütte in Bingenheim), und damit 14.000 € oder mehr (gemäß Vorlage) im Wald vergraben werden, zu groß. Wir konnten dieser Vorlage so nicht guten Gewissens zustimmen.

Wenn nunmehr naturschutzrechtliche und baurechtliche Dinge sowie Kostenfragen angeblich geklärt sind und zudem ein Nutzungswille von Vereinen durch eine Eigenbeteiligung klar erkennbar ist, stehen wir von den Grünen dem Projekt selbstverständlich offen gegenüber. Hätte man diesen zweiten Schritt als ersten getan, hätte es diese Diskussion gar nicht geben müssen.

Wirklich bedauerlich ist nämlich, dass die Redlichkeit der Gemeindevertreter im Zusammenhang mit dem Antrag nicht nur übersehen wird. Sie wird wie politische Willkür dargestellt und nicht wie gelebte Demokratie und gelebte Verantwortung der ehrenamtlichen Gemeindevertreter.